

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Kreditorliste: Nachfolgendes Briefen
Kontrollnummer: 10 141
Hau für Nachzahlung: Nr. 10011
Schlichtung u. Zwangsversteigerung:
Dresden - M. L. Wartenberg 10118

Bezugspreis bei täglich postweise Zustellung monatlich 2,20 RM. (einschließlich 10 Pf. für Zinsen)
Jahrespreis 24 RM. (einschließlich 10 Pf. für Zinsen) (ohne Postgebühren) bei
Tageslieferung: 10 Pf. (einschließlich 10 Pf. für Zinsen) (ohne Postgebühren) bei
Jahreslieferung: 10 Pf. (einschließlich 10 Pf. für Zinsen) (ohne Postgebühren) bei
Jahreslieferung: 10 Pf. (einschließlich 10 Pf. für Zinsen) (ohne Postgebühren) bei
Jahreslieferung: 10 Pf. (einschließlich 10 Pf. für Zinsen) (ohne Postgebühren) bei

Druck u. Verlag: Rudolf & Verlags-
Druckerei, Waldstr. 10, 1084 Dresden
Nachdruck aus dem Verlagsvertrage
(Dresden, Nr. 1) zulässig. Unverlangte
Schreibweise werden nicht aufbewahrt

Deutschland fordert Klarheit für London

Noch keine Stellungnahme des Reichskabinetts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. Oktober. Auf die gestern vom englischen Geschäftsträger mitgeteilte Einladung der englischen Regierung zu einer Besprechung in London, hat die Reichsregierung noch keine Antwort erteilt. Welche Antwort erteilt werden wird, ist Sache des Kabinetts. Eine Kabinettsitzung ist aber noch nicht angesetzt. Zudem befindet sich der Reichsaussenminister nicht in Berlin. Erweitert wird heute unterzogen, daß Deutschland für den Fall, daß es zuzulassen sollte, Sicherheiten verlangen muß, daß der gesamte Komplex der Gleichberechtigung in London zur Diskussion gestellt wird.

Es sei nicht anzunehmen, auf der Basis der französischen und englischen Antwortnote in Besprechungen auch nur einzutreten.

Eine Teilnahme anderer Staaten — die Franzosen möchten die Polen, Tschechen und Belgier hinzugezogen wissen — würde, wie in der Wilhelmstraße verläutet, für die Reichsregierung kein absolutes Hindernis, an der Konferenz teilzunehmen, bedeuten. Allerdings wird schon heute darauf aufmerksam gemacht, daß für diesen Fall nicht nur die Gleichberechtigung als Frage zur Verhandlung stehen würde, sondern daß dann der gesamte Komplex der Abrüstungsfrage besprochen werden müßte. Aus der Besprechung zu vier würde sich dann am wahrscheinlichsten eine Abrüstungskonferenz in kleinerem Rahmen ergeben. Im übrigen hat der englische Geschäftsträger noch keinerlei Mitteilungen darüber gemacht, daß der Kreis der Einzuladenden eventuell erweitert werden würde.

Die amtliche englische Mitteilung

London, 5. Oktober. In einer gestern in später Abends stunde veröffentlichten amtlichen Mitteilung des Foreign Office heißt es: Die britische Regierung hat sich mit den Regierungen Frankreichs, Deutschlands und Italiens in Verbindung gesetzt, um sich zu vergewissern, ob die durch das Herabziehen Deutschlands von der Abrüstungskonferenz hervorgerufenen Schwierigkeiten zum Gegenstand eines Meinungswechsels zwischen ihnen gemacht werden könnten. Die Frage wird noch erörtert, aber die britische Regierung gab zu verstehen, daß sie, wenn dieses Verfahren möglich ist und allgemein akzeptiert wird, bereit wäre, eine Konferenz zu diesem Zwecke in London zu veranstalten.

Herriot stellt Vorkragen

Paris, 5. Okt. In den Morgenblättern wird mehrfach an Herriot das Ersuchen gerichtet, dem englischen Vorschlag einer neuen Konferenz zur Behandlung des Fragenkomplexes „Gleichberechtigung und Abrüstung“ aus dem Wege zu gehen. Einzelne Blätter glauben, Herriot über die Unterhaltung Herriots mit Sir John Simon mitteilen zu können. Nach dem „Matin“ hat Herriot zu dem englischen Vorschlag bisher weder nein noch ja gesagt; er hat vielmehr verstanden, daß, ehe er sich endgültig entscheidet, eine Reihe von Vorkragen angeht. Wenn diese drei Fragen werden vom „Matin“ angeführt. Wenn sie in dieser Form beantwortet werden, so hat Herriot damit eigentlich doch bereits zu dem Konferenzvorschlag Stellung genommen, und zwar in abweichender Form. Dem „Matin“ zufolge wünschte er zu wissen,

ob man sich in London zunächst die Zustimmung Berlins gesichert habe.

Ferner hat er die Frage aufgeworfen, in welchem Geiste das Kabinetts Vorgehen genehmigt sei, an der Konferenz teilzunehmen. Wenn dies zutrifft, würde es darauf hinauslaufen, daß Deutschland sich, noch ehe es sich an den Konferenzteil nimmt, bereits vorher die Hände binden soll. Schließlich möchte Herriot wissen, ob Deutschland die Bedingungen aufrichtiger halte, die es für seine Teilnahme an der Abrüstungskonferenz gestellt hat. Dem „Matin“ zufolge hat Herriot den englischen Außenminister aufzufordern, sich hierüber mit Berlin ins Einvernehmen zu setzen. Erst wenn Frankreich eingehend unterrichtet sei, werde es zu dem englischen Vorschlag Stellung nehmen. — „Journal“ will von zwei weiteren Bedingungen Herriots wissen.

Die erste wäre, daß die angeregte Konferenz in Genf und nicht, wie geplant, in London stattfinden, die zweite, daß auch Belgien und Polen zugezogen werden.

Nach dem „Echo de Paris“ scheint Herriot übrigens gar nicht mehr Herr seiner Entscheidung zu sein. Das Blatt behauptet, daß er sich in Genf am Donnerstag vergangenen Woche in der Sitzung mit den Vertretern der kleinen Entente Polen und Belgien, abschieden habe. Er habe dort Gedanken an die Entwicklung, die aber auch gar nicht mit denen gemeinsam hätten, die jetzt in London erörtert würden. Sometil könne Herriot nicht gehen, daß er sich selbst bevaouliere. Davon abgesehen aber könne er auch

bei einem Eingehen auf den englischen Vorschlag nicht gewinnen, außer wenn er gewillt sei, die höchsten Interessen der nationalen Verteidigung preiszugeben.

Neffismus in der Londoner Presse

London, 5. Okt. Die Ansichten für das Zustandekommen der von der englischen Regierung angeregten Konferenz über die deutsche Wehrfrage werden von der Londoner Presse im Hinblick auf die grundsätzlichen französischen Einwendungen und die deutschen Vorbehalte pessimistisch beurteilt. Wenn der Umfang der Aussprache von vornherein beschränkt wäre, so würde, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ sagt, der Meinungs- und Austausch seinen praktischen Wert verlieren. In London sei man jedenfalls der Ansicht, daß eine ausgiebige Erörterung der verschiedenen Auffassungen die notwendige Voraussetzung sei, um eine Grundlage für eine wirklich praktische Lösung zu finden.

Der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“ bemängelt, daß die englische Einladung nicht klar zum Ausdruck gebracht habe, ob die Erörterungen auf die in der englischen Wehrfrage enthaltene Formel beschränkt werden solle oder nicht.

Deutschland werde nur an einer Konferenz teilnehmen, die bereit sei, die Wehrfrage von neuen Gesichtspunkten aus zu verhandeln.

Herriot habe das englische Angebot zwar nicht abgelehnt, stehe ihm aber nicht günstig gegenüber, während Italien wohl annehmen werde. — Der diplomatische Korrespondent

des „Daily Herald“ meldet, MacDonald habe die Hoffnung, daß ihm das Gelingen würde, was Simon nicht erreichen konnte. Der Empfang, den die englische Einladung gefunden habe, mache es aber unwahrscheinlich, daß die englische Bedingung einer allgemeinen Annahme des Konferenzvorschlags in Erfüllung gehen werde.

Polnische Propaganda in Genf

Genf, 5. Oktober. Der Schritt der englischen Regierung zur Einberufung einer Konferenz nach London betrifft hier das allgemeine Interesse. Der französische Kriegsminister Paul Boncour hat eingehende Unterredungen mit dem Vertreter der amerikanischen Regierung auf der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, geführt, der die Vereinigten Staaten auch auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz vertreten wird. Wie es heißt, soll Norman Davis sich jeder Stellungnahme zum Vorschlag der englischen Regierung enthalten haben. Er reist heute nach London ab.

Die Mächte der kleinen Entente und Polen haben hier eine ungewöhnlich scharfe Propagandaaktivität gegen die Behandlung der deutschen Gleichberechtigungsfrage ausschließlich in Kreisen der fünf Großmächte begonnen.

In französischen und polnischen Kreisen läßt man in der Presse erklären, daß Deutschland zur Londoner Konferenz die gleiche Haltung einnehmen werde wie in der Abrüstungskonferenz und keine Teilnahme von der vorhergehenden Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung abhänlig mache. In englischen Kreisen rechnet man dagegen durchaus mit der Möglichkeit, daß auch die französische Regierung zur Teilnahme bereit sein wird. In diesem Fall soll die zum nächsten Montag, dem 10. Oktober, einberufene Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz verschoben werden.

Hoover fordert starken Schutz der Landwirtschaft

Der amerikanische Präsident im Wahlkampf

Newport, 5. Oktober. Auf seiner großen Kampfbühne in Des Moines kam Präsident Hoover nach dem seine Bemerkungen um die Aufrechterhaltung der Stabilität der amerikanischen Währung geschickelt hatte, darauf zu sprechen, wie notwendig es sei, für die Stabilität der gesamten Weltverhältnisse zu sorgen. Er hob die Wichtigkeit dieser Aufgabe für die Erhaltung und Ausbreitung der wirtschaftlichen Absatzmärkte Amerikas hervor.

Wirtschaftsaktivität, so sagte er, erfordere den Wiederaufbau des Kredit bei allen Nationen, die vom Goldstandard vertrieben

oder zur Einschränkung des Devisenverkehrs gezwungen worden sind. Solange dies nicht geschehen sei, werde die Blockade gegen den amerikanischen Außenhandel, insbesondere dem in landwirtschaftlichen Produkten, weiter bestehen. — Präsident Hoover entwickelte dann sein Programm zur Lösung des Kreditproblems. Alle Jahreszahlungen aus diesem Titel sollten dazu verwandt werden, um die Ausbreitung der ausländischen Absatzmärkte für amerikanische landwirtschaftliche Produkte zu fördern. „Ich billige eine Annulierung dieser Schulden nicht“, betonte Hoover,

und vor allem billige ich den Vorschlag meiner Gegner nicht, den Zolltarif herabzusetzen,

wenn dann die Ueberschwemmung unseres Marktes durch Auslandswaren unsere Arbeiter brotlos machen würde und

unsere Farmer gezwungen werden, ihre Erzeugnisse in den Scheunen verkaufen zu lassen. Die wirkliche Basis für die Sicherheit der amerikanischen Landwirtschaft ist ein Zolltarif für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Arbeitslosenunruhen in London

London, 5. Oktober. Im Londoner Stadtteil Betham kam es am Dienstagabend zu schweren Arbeitslosenunruhen. 10 000 Arbeitslose, die die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung forderten, veranstalteten eine Massenunruhen und versuchten, das Rathaus zu stürmen. Sie zerstörten mit Steinen sämtliche Laternen auf einer Straße von einem halben Kilometer. Auf die Polizei wurde mehrere Hundertschaften der Polizei sowie britische Schutzleute gegen die Menge vor. Mehrere Personen, darunter einige Polizisten, wurden verletzt.

Japans Memorandum an den Völkerbund

Tokio, 5. Okt. Ueber den Inhalt des geplanten japanischen Memorandums an den Völkerbund glaubt das Blatt „Gochi“ berichten zu können, daß darin ausgeführt werde, der einzige Weg, zu einem dauernden Frieden im Fernen Osten und zu einer endgültigen Regelung der Mandchurenfrage zu gelangen, sei der, anzuerkennen, daß sich der Mandchuanat in einer gesunden Entwicklung befinde. Die einzige Voraussetzung, die zu einer Friedensordnung im Fernen Osten führen könne, liege in der verwickelten politischen Lage Chinas, das kein einheitlicher Staat mehr sei.

Zuchthausanträge im Calm-Prozess

Berlin, 5. Oktober. In der heutigen Verhandlung im Zollschlagsprozess Calm vertrat der Schiedsverfahrenspräsident Professor Brüning die Ansicht, daß bei der Schieferung in der Mängelantrag üblich verlegte Nationalsozialisten in der Gattische von einer Regel getroffen worden ist, die von der Seite abgelehnt wurde, auf der sich das Verbrechen der Nationalsozialisten befindet. Der Vorsitzende erklärte nach dem Gutachten des Sachverständigen, einen Antrag auf Dastentlassung der Angeklagten stellen zu wollen.

Der Staatsanwalt ließ zu Beginn seines Plädoyers die Auflage auf Zollschlag und verurteilten Zollschlag fallen

und beantragte gegen Calm, der der Mordführerschaft und des schweren Landfriedensbruchs als zweifelsfrei überführt gilt, zehn Jahre Zuchthaus, gegen Schall und Zoben je fünf Jahre Zuchthaus, gegen Bwein und Siebert wegen einfachen Landfriedensbruchs je zwei Jahre Zuchthaus. Bei den übrigen vier Angeklagten plädierte er auf Freispruch und Dastentlassung.

Falsche Gerüchte um Warmbold

Berlin, 5. Oktober. Immer wieder tauchen in der Presse Behauptungen und Gerüchte auf, in denen von einem Konflikt zwischen dem Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold und den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung gesprochen wird. Wie von ausländischer Seite erregt mit Nachdruck erklärt wird, kann von einem Konflikt innerhalb des Kabinetts zwischen Minister Warmbold und den anderen Kabinettsmitgliedern keine Rede sein. Es besteht im Gegenteil volle Einmütigkeit im Reichskabinet.

Der Hamburger Verkehr wieder in Gang

Hamburg, 5. Oktober. Nachdem die den Streik der Hamburger öffentlichen Verkehrsmittel führenden Vertretenden des freigewerkschaftlichen Gesamtverbandes in Folge der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspräsidenten Abbruch des Streiks beschlossen und auch die Kommunisten die Streikauflösung an ihre Mitglieder zum rückgezogen hatten, ist heute früh der Betrieb auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln Hamburgs nach vierstägiger Stilllegung wieder aufgenommen worden.